



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Interpellation von Elisabeth Augstburger, CVP/EVP-Fraktion:  
Asylunterkunft in Buus - eine unhaltbare Situation**

**Autor/in:** [Elisabeth Augstburger](#)

**Mitunterzeichnet von:** Bammatter, Bürgi, Dedeoglu, Degen, Fankhauser, Fritz, Geiser, Gorrengourt, Hänggi, Huggel, Joset, Koch, Küng, Locher, Maag, Meschberger, Pfaff, Rüegg, Schuler, Schweizer Hannes, Tüscher, Würth und Zemp

**Eingereicht am:** 30. Januar 2014

**Bemerkungen:** Als dringlich eingereicht  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Ich habe letzte Woche bei einem Besuch in der Asylunterkunft in Buus folgende Situation angetroffen:

In der Zivilschutzanlage bei der Turnhalle leben 12 Frauen aus Eritrea und Uganda unterirdisch, ohne Fenster. Die meisten von ihnen sind bereits zwei und mehr Jahre dort. In den Räumen ist es kühl. Die "Dusche" befindet sich in einem kalten Vorraum.

In der Unterkunft ist kein Natel-Empfang möglich. Das Festnetz-Telefon funktioniert anscheinend schon länger nicht mehr. Wenn die Frauen in einem Notfall auf sofortige Hilfe angewiesen sind, gibt es nur die Möglichkeit, die Treppe hochzusteigen, um draussen auf dem Platz zu telefonieren.

Die Türe zur Unterkunft kann nicht optimal geschlossen werden. Das hatte zur Folge, dass die Frauen schon zwei Mal von Männern belästigt wurden, die in die Anlage eindringen. Seitdem sind die Frauen in der Nacht verängstigt. Ein Mal gelang es einer Frau, die Polizei zu rufen. Bis sie kam, waren die Männer schon wieder weg.

Obwohl es sich hier um eine Angelegenheit handelt, welche die Gemeinden betrifft, bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Weiss der Regierungsrat von dieser Situation?
2. Gibt es die Möglichkeit, die Asylverordnung entsprechend zu ändern, dass Asylsuchende nicht dauerhaft in einer Zivilschutzanlage untergebracht werden?
3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, die Gemeinden zu animieren, den Kanton um Hilfe zu bitten, wenn sie keine geeigneten Räumlichkeiten für die Asylsuchenden anbieten können? Im vorgenannten Fall wären nebst Buus auch die Gemeinden Rünenberg, Tecknau, Zeglingen und Wenslingen involviert.
4. Gibt es neben Buus noch andere Zivilschutzanlagen, wo Asylsuchende längere Zeit untergebracht sind?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, für Asylsuchende keine Zivilschutzanlagen mehr zur Verfügung zu stellen? Gibt es Alternativen?

Für die Beantwortung der Fragen danke ich bestens.